



Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus



Sebastian Kurtenbach

Auf einen Blick

- Untersucht werden die Zusammenhänge zwischen räumlichen Merkmalen und dem Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien.
- Die AfD ist dort erfolgreich, wo viele von Armut bedrohte Menschen leben, wo in der Vergangenheit rechtsextreme Parteien bereits erfolgreich und liberale Parteien nicht erfolgreich waren. In Ostdeutschland profitiert die AfD vom relativ geringen Zuspruch zur CDU, in Westdeutschland vom abnehmenden Zuspruch zur SPD.
- Sozial- und regionalpolitische wie auch strukturelle Maßnahmen könnten den Wahlerfolg von Rechtspopulisten begrenzen.

1. Einleitung

Seit dem Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den 19. Deutschen Bundestag im Jahr 2017 ist dort eine rechtspopulistische Partei in Fraktionsstärke vertreten. Wenn auch das Wahlergebnis von 14,9 Prozent der Zweitstimmen eindrücklich erscheint, so relativiert sich dieser Eindruck mit einem genaueren Blick auf die räumliche Verteilung der Stimmen. In einigen Regionen erfährt die AfD in der Tat einen deutlichen Zuspruch; in Sachsen wurde sie sogar stärkste Partei. In anderen Regionen, wie dem Ems- oder Münsterland, schafften es die Rechtspopulist_innen jedoch kaum über die 5-Prozent-Hürde. Ähnlich ungleiche Verteilungen sind auch in den Städten zu beobachten.

Bisher wurden die regionalen Unterschiede aus einer stadtsoziologischen Perspektive nicht oder nur sehr vereinzelt diskutiert. Die vorliegenden raumbezogenen Ergebnisse stammen eher aus der Politikwissenschaft oder der Ökonomie. Der Vorteil einer stadtsoziologischen Perspektive auf die räumlichen Aspekte des Rechtspopulismus ist aber der, einerseits zu einem breiteren und damit analytisch tieferen Raumverständnis zu kommen und andererseits sozialstrukturelle und sozio-kulturelle Erklärungsfaktoren konsequent mit einbeziehen zu können.



Insofern stellt sich die Frage, ob und wie räumliche Merkmale den Wahlerfolg der AfD beeinflussen und welche Muster der Veränderung, auch im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen anderer Parteien, festzustellen sind. Es ist nicht davon auszugehen, dass es eine einzige Erklärung gibt, sondern eher davon, dass sich unterschiedliche Entwicklungen nebeneinander finden.

Drei Ziele werden mit der Untersuchung verfolgt:

1. Das Raumverständnis der bisherigen Arbeiten zu raumbezogenen Untersuchungen des Rechtspopulismus in Deutschland (und Westeuropa) soll herausgearbeitet und theoretische Befunde des Forschungsstandes aufgezeigt werden.
2. Regionale Muster des Wahlerfolgs der AfD bei Bundestagswahlen sollen herausgearbeitet werden.
3. Anhand ausgewählter Kommunen werden Wahlerfolge der AfD auf kleinräumiger Ebene untersucht, um auch hier Implikationen abzuleiten.

Dabei wird auch eine Typisierung von Räumen unternommen. Auf diese Weise eröffnet sich die Möglichkeit zu verstehen, wie es an scheinbar gegensätzlichen Orten, wie z. B. dem ostsächsischen Bautzen und der nordrhein-westfälischen Großsiedlung Köln-Chorweiler, zu Wahlerfolgen der AfD kommen kann, während dies weder im großstädtischen München noch im ländlichen Emsland der Fall ist.

2. Was wissen wir bereits über räumliche Aspekte des Rechtspopulismus?

In der stadtsoziologischen Literatur gibt es nur wenige Arbeiten über den Rechtspopulismus. Es wurden aber einige Studien aus räumlicher Perspektive veröffentlicht. Diese bilden die Grundlage des Forschungsstandes, welcher aufgearbeitet wurde. Ausgewählt wurden deutsch- und englischsprachige empirische Arbeiten, die zwischen dem 1.1.2010 und dem 31.8.2018 publiziert wurden und sich im Schwerpunkt auf Deutschland oder, sekundär, auf Westeuropa beziehen. Als kompliziert erwies sich die Abgrenzung zu den Untersuchungen des Rechtsextremismus, denn hier gibt es zahlreiche Überschneidungen in der Benennung des Phänomens. Ein Befund ist, dass in nahezu keiner der Studien auf eine weitreichende Theorie oder ein theoretisches Modell Bezug genommen wird, das dazu beitragen würde, den Erfolg des Rechtspopulismus zu verstehen. Eher werden Hypothesen(-familien) als Erklärungsfaktoren herangezogen. Diese sind:

- *Kontakthypothese*: Diese geht davon aus, dass persönliche Begegnungen von Menschen, welche unterschiedli-

chen Gruppen angehören – wie z. B. Menschen mit und ohne Behinderung oder Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte –, die Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der Minderheit senken. Hierzu wurden sowohl bestätigende als auch zurückweisende Befunde gefunden.

- *Konflikthypothese/Bedrohungshypothese*: Die Grundannahme ist hier, dass Kontakt zwischen unterschiedlichen Gruppen als Bedrohung interpretiert werden und rechtspopulistische Parteien deshalb Unterstützung erfahren, weil sie dieser Bedrohung mit Law-and-Order-Politik entgegenzutreten wollen. Auch hierzu wurden sowohl bestätigende als auch zurückweisende Befunde gefunden.
- *Marginalisierungs-/Deprivations-/Globalisierungs-/Modernisierungsverliererhypothese*: Hierbei handelt es sich um ähnlich gelagerte Überlegungen, die allesamt davon ausgehen, dass sich Menschen benachteiligt fühlen. Danach geht es um die Empörung über mangelnde soziale Gerechtigkeit als Frustrationsursache, was wiederum zur Stärkung der Wahl von Rechtspopulist_innen beiträgt. Hierzu wurden sowohl bestätigende als auch zurückweisende Befunde gefunden.

TAB. 1

Ergebnisse der Auswertung des Forschungsstandes

Indikator	Effekt auf die Wahl von Rechtspopulisten
Bevölkerungsdichte	Negativ
Wahlergebnisse der NPD	Positiv
Arbeitslosigkeit	Positiv
Bruttoinlandsprodukt	Negativ
Bildungsniveau	Negativ
Anteil der Katholiken an der Bevölkerung	Negativ
Nähe zur Grenze	Positiv
Anteil der Künstler an der Bevölkerung	Negativ
Autoritäre Einstellungen	Positiv
Kriminalitätsrate	Positiv
Anteil an Nicht-EU-Ausländern	Positiv
Anteil an EU-Ausländern	Positiv
Politische Distanz	Positiv
Sichtbare Diversität	Positiv
Segregation	Positiv



- *Sozialkulturhypothese*: Hier geht es um gegebene oder sich verändernde kollektive Normen, welche einen Effekt auf die Wahlentscheidung haben oder von rechtspopulistischen Debatten beeinflusst sind. Hierzu wurden vor allem bestätigende Befunde gefunden.

Bei der Auswertung der Studien wurde außerdem untersucht, welche Indikatoren einen positiven und welche einen negativen Effekt auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien in Deutschland und Westeuropa haben. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 aufgeführt.

3. Räumliche Unterschiede zwischen Kommunen

Auffällig bei der Auswertung der Studien war, dass es kaum integrierte Untersuchungen gab, die sowohl die Sozialstruktur und die Infrastrukturausstattung als auch die sozialkulturelle Prägung eines Ortes im Zusammenspiel untersucht haben. Daher wurde eine solche Verbindung hergestellt, indem die Daten auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte miteinander verknüpft wurden. Ziel war es, damit eine Typisierung von Orten zu erreichen, welche wiederum auf den Zweitstimmenanteil der AfD hin untersucht werden können.

Im Ergebnis zeigen sich fünf Typen von Orten (Cluster):

1. Bei Cluster 1 handelt es sich um Kreise und kreisfreie Städte mit geringer Wirtschaftskraft und einem geringen Ausländer_innenanteil. Zugleich findet sich dort eine erhöhte Ausländer_innenfeindlichkeit, auch ist die AfD dort besonders erfolgreich, ebenso die NPD. 68,9 Prozent der Fälle liegen in den neuen Ländern.
2. Cluster 2 umfasst wirtschaftlich prekäre Orte mit durchschnittlicher Migrationsprägung und einem durchschnittlichen Ausländer_innenanteil. Die Ausländer_innenfeindlichkeit ist eher gering, und der Stimmenanteil der AfD ist, betrachtet über die fünf Typen hinweg, eher durchschnittlich.
3. Das Cluster 3 wird nur durch einen einzigen Fall gebildet. Es ist ein wirtschaftlich starker Ort mit einem erhöhten Ausländer_innenanteil und geringer Fremdenfeindlichkeit. Sowohl die AfD als auch die NPD finden hier nur relativ wenig Zuspruch.
4. Cluster 4 bindet zwei Fälle zusammen, welche sich durch einen erhöhten Anteil einer von Armut bedrohten Bevölkerung, einen erhöhten Ausländer_innenanteil und geringe Fremdenfeindlichkeit auszeichnen.
5. Cluster 5 – Kommunen, die sich zu einem guten Viertel in den neuen Ländern befinden – ist durch relativ durchschnittliche Werte in Bezug auf Armut, Migrationsprägung, Ausländer_innenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte (Rechte der ‚Alteingesessenen‘) und den Wahlerfolg der AfD charakterisiert. Lediglich die ökonomischen Charakteristika sind eher unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Auffällig ist, dass die Typisierung der Kommunen eine Trennung nach neuen und alten Ländern aufzeigt. Kommunen der neuen Länder finden sich fast nur in den Clustern 1 und 5; vor allem dort war auch die AfD erfolgreich. Dagegen war die AfD in Kommunen mit geringer Armutsprägung und/oder durchschnittlicher bis hoher Migrationsprägung (Cluster 2, 3 und 4) eher unterdurchschnittlich erfolgreich. Dies trifft vor allem dann zu, wenn in den Kommunen schon vor der verstärkten Zuwanderung Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 kaum Fremdenfeindlichkeit oder der Glaube an Etabliertenvorrechte herrschte.

4. Räumliche Unterschiede innerhalb der Kommunen

In einem zweiten Schritt wurden auch die kleinräumigen Muster für den Wahlerfolg der AfD innerhalb der Städte untersucht. Für Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Hamburg, Köln, Leipzig und Rostock wurde dafür exemplarisch der Zusammenhang analysiert, der zwischen der sozialen und ethnischen Segregation (Entmischung, Trennung der Gruppen voneinander in den verschiedenen Stadtvierteln) einerseits und dem Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl andererseits besteht, ferner wurde die diesbezügliche kleinräumige Entwicklung in diesen Städten zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017 aufgezeigt. Fünf Befunde sind festzuhalten:

1. Die AfD ist in sozial segregierten Gebieten besonders erfolgreich.
2. In Stadtteilen mit relativ hoher Migrationsprägung kann die AfD in ostdeutschen Großstädten besonders wenige und in westdeutschen Großstädten besonders viele Stimmen auf sich vereinen. Damit hat Zuwanderung einen unklaren Effekt auf den Erfolg der AfD!
3. Die AfD profitiert in westdeutschen Großstädten offenbar vom abnehmenden Zuspruch zur SPD und in ostdeutschen Großstädten vom abnehmenden Zuspruch zur CDU.
4. Die AfD ist dort erfolgreich, wo sie bereits 2013 relativ viele Stimmen auf sich vereinen konnte oder die NPD bereits relativ erfolgreich war. Das bedeutet, dass die AfD auf der Stärke rechter Parteien fußt.
5. Die AfD kann in liberal geprägten Räumen kaum Zustimmung verzeichnen. Dort wo bereits 2013 die FDP oder das Bündnis 90/Die Grünen gewählt wurden, konnte die AfD 2017 nur relativ geringe Stimmenanteile gewinnen.



5. Fazit und politische Implikationen

Ausgehend von dem zentralen Befund, dass Rechtspopulist_innen besonders dort Stimmen auf sich vereinen können, wo eine erhöhte Armutsprägung vorhanden ist, muss die Frage gestellt werden, ob man der AfD durch migrationspolitische Reformen tatsächlich den Erfolg streitig machen kann. Zwar war dies das Mittel der Wahl seit der Bundestagswahl 2017, doch lässt sich auf der Grundlage der bisherigen Befunde kaum eine Erfolgsaussicht ableiten, und das aus drei Gründen:

Erstens zeigen die Untersuchungen zur Motivation, die AfD zu wählen, dass es vor allem Ausländer_innenfeindlichkeit ist, welche die Zustimmung zur AfD ausmacht. Das bedeutet strenggenommen, dass die Politik für diese Wähler rassistischen Motiven folgen müsste, was das Grundgesetz jedoch ausschließt. Eine nicht enden wollende rechtliche Verschärfung der Zuwanderungsregelungen kann zudem ohnehin Wähler, die rassistische politische Vorstellungen haben, nicht überzeugen. Vielmehr bräuchte es hier eine klare Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und die Förderung eines pluralen Demokratieverständnisses.

Zweitens greifen Argumentationsstrukturen von Rechtspopulist_innen auf ein vorhandenes Benachteiligungsempfinden zurück. Typische Argumente sind, dass Zuwandernde vom Staat versorgt würden, während Deutsche für alles hart arbeiten müssten. Aus dem zugrunde liegenden Glauben an Etabliertenvorrechte entspringt dann die Wut auf Zuwandernde, da die eigene soziale Position als prekär oder zumindest fragil angesehen wird. Vor diesem Hintergrund erscheint es eher gewinnbringend, die Verunsicherung (angesichts der prekären Lebensumstände) als Ursache anzusprechen, als lediglich den Zuzug weiterer Migrant_innen noch weiter zu regulieren – was in der Praxis häufig und in erster Linie eine Zunahme der Bürokratie bedeutet.

Drittens konnte gezeigt werden, dass räumlich konzentrierte Zuwanderung allein keinen klaren Effekt auf die Wahl von Rechtspopulisten hat, sondern dass dies eher auf die Armutsprägung eines Ortes zutrifft. Aus den Arbeiten über die benachteiligenden Effekte armutsgeprägter Gebiete wissen wir, dass die soziale Umwelt in solch herausfordernden Wohngebieten eine verunsichernde Wirkung auf Menschen hat, was bis zur Resignation oder zur Akzeptanz abweichenden (gesetzeswidrigen oder gar gewalttätigen) Verhaltens reichen kann. Aus der alltäglichen Erfahrung, dass die eigenen Vorstellungen nicht mit dem übereinstimmen, was man in der Umwelt wahrnimmt, entspringt letztlich die Wut auf die Verantwortungsträger, die dann bei Wahlen abgestraft werden – wenn man sich über-

haupt noch an Wahlen beteiligt. Demnach wäre eine Strategie der sozialen Mischung zugleich ein Mittel, das diese benachteiligenden Lebenswelten auflösen würde. Allerdings sehen wir, dass die soziale Spaltung in deutschen Großstädten eher zu- als abnimmt und bezahlbarer Wohnraum in der Breite verloren geht.

Vor dem Hintergrund der drei Argumente wird deutlich, dass eine politische Antwort auf den sich etablierenden Rechtspopulismus nicht allein im Feld der Migrationspolitik liegen, sondern einen klaren sozialpolitischen Schwerpunkt beinhalten sollte. Denn im Kern geht es darum, den Zukunftssängsten von Menschen, hervorgerufen durch Zuwanderung und verunsichernde Situationen und aufgegriffen von Rechtspopulist_innen, zu begegnen. Es bedarf nicht allein monetärer Leistungen, sondern auch einer weitsichtigen Regionalentwicklung – wie der Schaffung von (Fach-)Hochschulen auch außerhalb urbaner Zentren, z. B. in der Oberlausitz – und der Schaffung bezahlbaren Wohnraums in allen Stadtteilen einer Stadt. Dies hätte den Effekt der Durchmischung. Solche gesellschafts- und regionalpolitischen Maßnahmen wirkten Resignation entgegen und leisteten einen Beitrag dazu, den Erfolg rechtspopulistischer Parteien nachhaltig zu limitieren.

Über den Autor

Dr. Sebastian Kurtenbach – Vertretungsprofessor an der Fachhochschule Münster.

Impressum

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.),
Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080,
E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Liquidator_innen (vormals geschäftsführender Vorstand):

Prof. Dr. Ute Klammer, Prof. Dr. Dirk Messner

FGW-Themenbereich:

Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie

Prof. Dr. Andreas Zick, Themenbereichsleitung (Hrsg.)

Lynn Berg, wissenschaftliche Referentin (Hrsg.)

Layout: Olivia Pahl, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Erscheinungsdatum: Düsseldorf, November 2019

ISSN: 2699-1497

Erfahren Sie mehr in der Studie:

FGW-Studie

Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 01
www.fgw-nrw.de/studien/rechtspopulismus01.html

